

DAS INTERVIEW

Das Karlsruher Urteil hat große Bedeutung

NACHGEFRAGT bei Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Verfassungsschutz Bodo Ramelow nicht mehr beobachten darf. Haben Sie zwischenzeitlich mal daran gezweifelt, mit Ihrer Klage erfolgreich zu sein?

Ich bin mir immer sicher gewesen, dass die Prozesse mit einem Sieg enden werden. Überrascht hat mich jetzt der Zeitpunkt, auf den bin ich nicht vorbereitet gewesen. Leicht war es aber nicht. Mir ist sehr schnell klar geworden, dass viele der Akteure in den Geheimdiensten, die angeblich die Verfassung schützen sollen, noch den Kalten Krieg im Kopf und im Herzen tragen. Auch unter Juristen wird der Feind oft links gesehen. Sich mit dieser Praxis politisch und juristisch auseinanderzusetzen, verlangt große Geduld und Zähigkeit. Es war eine schwere Belastung, die sich durch die Zahlen 30, 15, 10 charakterisieren lässt: 30 Jahre geheimdienstliche Bespitzelung und 15 Verfahren in einem zehn Jahre andauernden Rechtsstreit. Ich habe aber von Anfang an gesagt, dass ich nicht aufgeben werde, denn gegen obrigkeitstaatliches Gebaren hilft nur Selbstbewusstsein und Zivilcourage. Im unwahrscheinlichen Falle des Unterliegens hätte ich die Europäischen Gerichte angerufen.

War die Beobachtung Teil Ihres Alltags?

Natürlich. Diese unsägliche Praxis hat tief in mein Leben eingegriffen. Selbst eine so genannte Beobachtung aus offenen Quellen stellt einen schweren Eingriff in die politische Arbeit dar. Es ging ja immer auch darum, den Menschen Angst davor zu ma-

chen, mit mir zu sprechen. Aber trotz anderslautender Stellungnahmen des Verfassungsschutzes bin ich sicher, dass auch Spitzel im Einsatz waren. Mir gegenüber hat sich jemand dekonspiriert und gesagt, er sei V-Mann. Ein Mann wohlgehemmt, der vorher wochenlang in meinem Wahlkreisbüro ein- und ausgegangen ist. Nach dem Leipziger Skandalurteil hatte meine Frau sehr sarkastisch gesagt, sie hängt jetzt erst einmal alle Gardinen ab, damit auch unsere Wohnung eine öffentliche Quelle ist! Generell finde ich eine Entwicklung bedrückend, für den einzelnen Menschen keinen geschützten Bereich mehr zuzulassen. Früher gab es eine Tabuzone, das war die Privatsphäre. Doch die wird auch durch Geheimdienste permanent zerstört.

Was sagen Sie dazu, dass Ihre Beobachtung mit der vermeintlichen Verfassungsgegnerschaft einzelner Personen in Zusammenhang gebracht wird?

Man muss sich das einmal vorstellen: ich soll für alles, was irgendjemand in der Linken irgendwann gesagt hat oder gesagt haben soll – denn die Geheimdienste produzieren am laufenden Band auch Fälschungen – sozusagen in geheimdienstliche Geiselhaft genommen werden! Meine Phantasie reicht übrigens aus, nicht zuletzt durch meine Mitarbeit im Untersuchungsausschuss 5/2 im Thüringer Landtag, mir vorzustellen, dass ein untergeschobener Agent Provocateur bestimmte Dinge

sagt, die dann der Partei DIE LINKE angelastet werden. Diese niedrige Eingriffsschwelle besteht gegen einen gewählten Abgeordneten, eine Schwelle, die noch dazu vom Geheimdienst selbst definiert wird! Kriterium kann doch nur das Verhältnis zum Grundgesetz sein, das die Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland bildet. Und da heißt es im Artikel 15, um ein Beispiel aufzugreifen, das der LINKEN immer vorgehalten wird, dass Verstaatlichung und Vergesellschaftung ein legitimes Mittel sind, um etwa Macht und Monopole aufzubrechen.

Das hat Frau Merkel dann im Falle der Hypo Real Estate auch praktiziert – ohne dass sie oder die CDU bespitzelt wurden.

Was ändert sich jetzt für Sie?

Zunächst geht der Fall ja zurück zum Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig. Dorthin hat ihn das Bundesverfassungsgericht zurückverwiesen, mit einer schallenden Ohrfeige für die dortigen Herren in den roten Roben. Die müssen jetzt nachsitzen. Wichtig ist mir, dass dieses Urteil über meinen Fall hinaus große Bedeutung hat. Weitere Bundestagsabgeordnete der LINKEN haben ja bekanntlich Klagen eingereicht. Hinter das Urteil des Bundesverfassungsgerichts können andere Gerichte nicht mehr zurück. Ich habe immer betont, dass ich nicht nur für meine persönliche Reputation kämpfe, sondern für die meiner ganzen Partei. Da gilt festzuhalten, dass das Bundesverfassungsgericht den Weg frei gemacht hat für einen wichtigen Schritt hin zu mehr Frieden im Inland und zur Überwindung von Feindbildern. Diesen Schritt müssen jetzt aber Frau Merkel und die Bundesregierung gehen und dazu fordere ich sie auf.

Das Gespräch führte
Stefan Wogawa



Presseschau: „Das Verfassungsgericht hat einen Generalverdacht beseitigt“

(Presseschau vom 9. 10. 2013)

Thüringische Landeszeitung: Dies ist keine Bankrotterklärung aller Verfassungsschutzarbeit. Es ist aber offensichtlich, dass Einrichtungen solcher Art in einer tiefen, anhaltenden Krise stecken. Sie haben sich verrannt. Haben sich Verfassungsfeinde gesucht, wo es sie nicht gibt. Derweil entwickelte sich ein brauner Sumpf. Wer hat da eigentlich weggeschaut? Wer hat das sogar noch finanziell befördert? Und: Hat das eine mit dem anderen zu tun? Das wird noch zu klären sein. Und zwar schnell. Damit wir wieder in guter Verfassung sind.

Frankfurter Rundschau: Einerseits unterlässt der Verfassungsschutz, wozu er verpflichtet, andererseits überschreitet er die Grenzen dessen, wozu er berechtigt ist. Wer den Einfall hatte, diese Behörde Verfassungsschutz zu nennen, kann nur ein begabter Kabarettist gewesen sein oder – ein grimmiger Verfassungsfeind. Es wird Zeit, dass Verfassungsschutz und Bundesverwaltungsgericht diese Lektion endlich begreifen: Der Kalte Krieg ist längst vorbei.

Mitteldeutsche Zeitung, Halle:

Die Überwachung war unverhältnismäßig, ein unzulässiger Eingriff in das freie Mandat des Landtagsabgeordneten Ramelow, und sie hatte mit den Aufgaben des Verfassungsschutzes nichts zu tun. Er soll die freiheitliche demokratische Grundordnung schützen, dazu zählen nach § 4 Bundesverfassungsschutzgesetz unter anderem die Gewaltenteilung, die Volkssouveränität, die Ablösbarkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte. Aber dazu zählt nicht die Wirtschaftsordnung. Wer sie wie Ramelow kritisiert, macht vom Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch – das der Verfassungsschutz zu schützen hat. Wer wie Ramelow den Kapitalismus als Segen der Menschheit in Frage stellt, der nimmt die freiheitlich demokratische Grundordnung in Anspruch.

Stuttgarter Zeitung: Das Verfassungsgericht hat juristisch entschieden, zumindest in einem Punkt aber politisch argumentiert: Es verteidigt Ramelow auch deshalb, weil er innerhalb der Linken aktiv ist. Gerade wenn in einer Partei wie der Linken unter-

schiedliche Kräfte und Strömungen miteinander ringen, stärke das innerparteiliche Engagement eines Mitglieds, das selbst „auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung“ steht, diese freiheitliche Ordnung. Auf diese Idee hätten auch der Bundesinnenminister und der Verfassungsschutz kommen können – und kommen müssen.

Neues Deutschland: Darum hätte Karlsruhe in seinem Urteil zum Fall Bodo Ramelow ruhig einen Schritt weiter gehen sollen. Die Beobachtung von Abgeordneten der LINKEN ist mit der Verfassung nicht vereinbar.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Zu Recht sind die Karlsruher Richter deshalb den Irrweg der Fachgerichte nicht mitgegangen. Sie haben das freie Mandat gestärkt. Es umfasst auch die Freiheit vor staatlicher Beobachtung.

Hannoversche Allgemeine Zeitung: Die Richter haben dem Geheimdienst gestern rechtliche Grenzen aufgezeigt. Noch besser wäre es, diese per Gesetz jetzt dauerhaft enger zu ziehen.

Mittelbayerische Zeitung: Mit einer deftigen Klatsche haben Deutschlands oberste Richter dem Verfassungsschutz Grenzen aufgezeigt. Dass die Schlapphüte den heutigen thüringischen Linken-Abgeordneten und früheren hessischen Gewerkschaftsfunktionär Bodo Ramelow über fast drei Jahrzehnte ausspähten, verletzt das freie Abgeordnetenmandat und widerspricht der Verfassung. Es ist gut, dass die Verfassungsrichter der Tätigkeit des Inlandsgeheimdienstes die rote Karte zeigten. Es war schlecht, dass der Verfassungsschutz jahrelang glaubte, die Verfassung nach eigenem Gusto auslegen zu können. Offen bleibt, wieso die politischen Verantwortlichen für die anrüchige Langzeit-Obervation ungeschoren davongekommen.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung: Das Verfassungsgericht hat einen Generalverdacht beseitigt: dass die Linke pauschal staatsfeindlich sei. Denn die bloße Mitgliedschaft in der Partei reiche nicht aus, um einen Abgeordneten wie Bodo Ramelow vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.